

INTERVIEW

"Es entsteht ein Drogentourismus"

Vorarlbergs Sicherheitsdirektor Dr. Elmar Marent über Drogenkriminalität, die geplante Legalisierung weicher Drogen in der Schweiz und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit.

Die Schweizer Regierung plant die Legalisierung weicher Drogen wie Haschisch und Marihuana. Welche Auswirkungen sind für Vorarlberg zu erwarten?

Marent: Vorweg: Die Drogenliberalisierung in der Schweiz ist eine politische Entscheidung, in die ich mich nicht einmischen möchte. Pragmatisch und faktisch hätten wir nach der Liberalisierung in einer Region, die räumlich und von der Mentalität her eng miteinander verbunden ist, eine nicht harmonisierte Gesetzeslage. In Vorarlberg herrscht das Legalitätsprinzip, die Exekutive muss die Konsumenten verfolgen. Auf der anderen Seite des Rheines würden Drogen mehr oder weniger frei gegeben. Die Folge wird sein, dass ein Drogentourismus entsteht.

Was werden Sie als Sicherheitsdirektor dagegen unternehmen?

Marent: Ich kann nur die operative Situation entsprechend aktivieren, verbessern, bündeln. Gegen den Plan der Schweizer Regierung kann ich nichts unternehmen; das ist – wie gesagt – eine rein politische Entscheidung. Derzeit gibt es eine Regierungsvorlage; das Parlament wird das Gesetz voraussichtlich beschließen, dann gibt es aber noch eine Volksabstimmung. Ich gehe davon aus, dass dieses Gesetz nicht vor 2003 in Kraft treten wird. Wir haben daher etwas Vorlaufzeit.

Wie hoch ist die Belastung im Grenzland Vorarlberg durch Drogen?

Marent: Im letzten Jahr haben wir in Vorarlberg rund 1.800 Anzeigen nach dem Suchtgiftgesetz gehabt; das ist relativ viel im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Rund 700 Anzeigen betrafen den so genannten "Ameisenhandel" – den Kleinhandel von der Schweiz nach Österreich. Nach der Liberalisierung in der Schweiz werden die Zahlen nach oben springen. Die Folge wird sein, dass die Exekutive durch den enormen bürokratischen Aufwand wegen der vielen Kleindealer stark belastet sein wird. Die Bekämpfung der großen Händlerringe wird darunter leiden.

In der Schweiz gibt es viele so genannte Hanfläden, in denen getarnt weiche Drogen verkauft werden. Was bedeutet das für Vorarlberg?

Marent: Die Hanfläden haben jetzt schon die Auswirkung, dass Konsumenten und Kleindealer aus Vorarlberg sich in der Ostschweiz eindecken. Die polizeiliche Überwachung der Hanfläden in der Grenzregion ist für die schweizerische Polizei rechtlich aber auch operativ äußerst schwierig. Diese Geschäfte waren eine der Ursachen dafür, dass in den letzten drei Jahren die Zahl der Suchtgift-Anzeigen in Vorarlberg massiv gestiegen ist. Das ist der Vorläufer der künftigen Entwicklung. Die Schweizer werden das Opportunitätsprinzip einführen. Bei den harten Drogen wird zwar der Konsum und der Handel weiterhin strafbar sein, aber die Justiz hat immer noch die Möglichkeit festzulegen, wegen einiger Gramm Koks

oder Heroin kein Strafverfahren aufzunehmen. Das Opportunitätsprinzip ist ein weiterer Faktor, bei dem wir die Auswirkungen auf Österreich noch gar nicht absehen können.

In der Schweiz gibt es die Möglichkeit der kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstsüchtige durch die Gesundheitsbehörden. Können Sie sich Ähnliches in Österreich vorstellen?

Marent: Das ist eine rein medizinische Frage. Dazu antworte ich nicht als Sicherheitsdirektor, sondern als Mensch mit langjähriger Erfahrung mit der Drogenszene: Das Schweizer Modell der Abgabe von Heroin ist vorgesehen für Schwerstsüchtige, bei denen die herkömmlichen Therapieformen gescheitert sind. Die weitere Verelendung soll dadurch verhindert werden. In diesen Fällen könnte ich mir eine kontrollierte Heroinabgabe vorstellen, wenn es medizinisch sinnvoll ist – unter strengst festgelegten, genauen Kriterien. Das ist aber kein polizeiliches, sondern ein medizinisches Problem.

Deutschland, die Schweiz und Österreich erstellen halbjährlich gemeinsame Sicherheitslagebilder für die Bodensee-Region. Was bedeutet das für die Sicherheit in Vorarlberg?

Marent: Vorarlberg grenzt in der Bodensee-Region an vier Staaten – Liechtenstein, Schweiz, Baden-Württemberg und Bayern. Es war daher sinnvoll, die traditionell enge Zusammenarbeit auf eine rechtlich einwandfreie Basis zu stellen. In Absprache mit den Innenministern der fünf Länder der Bodensee-Region haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet und ein Lagebild erstellt. Dieses strategische Lagebild ist kürzlich das erste Mal erschienen und soll den Führungskräften der Polizeien um den Bodensee die Möglichkeit geben, die Polizeiarbeit besser zu steuern sowie besser präventiv und repressiv tätig zu sein.

Seit kurzem gibt in Vorarlberg gemischte Streifen. Wie haben sich diese Teams bewährt?

Marent: Österreich hat mit der Schweiz und Liechtenstein einen Staatsvertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit abgeschlossen, der die Möglichkeit von gemischten Streifen an den Grenzen vorsieht. Seit 1. Februar 2001 gibt es ein Pilotprojekt: Mindestens einmal in der Woche gehen schweizerische und österreichische Sicherheits- oder Zollbeamte an der Grenze gemeinsam auf Streife. Ich sehe das als Signal für die gute Zusammenarbeit an der Grenze, mit dem Vorteil der besseren und schnelleren Informationsbeschaffung. In Zukunft wird es verstärkt gemischte Streifen entlang des Rheins, in der Ostschweiz, Vorarlberg und Liechtenstein geben. Wir führen Gespräche über gemischte Streifen auch mit Deutschland und Italien.

Das Interesse der Schweizer an einem baldigen Beitritt zur Europäischen Union ist gering. Wie sehr erschwert das die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung?

Marent: Es gibt dadurch natürlich Probleme und die Polizeikommandanten der angrenzenden Kantone sehen das auch so. Österreich kann jetzt durch den Staatsvertrag bilateral sehr eng mit den Schweizern zusammenarbeiten, zum Teil weiterführend als mit den Deutschen. Der kritische Punkt ist der Zugang zum Schengener Informationssystem. Solange die Schweiz Schengen nicht angehört, gibt es Defizite. Da können wir auch nicht helfen, da gibt es klare Vorschriften. Im März haben Gespräche zwischen der EU und der Schweiz über einen Beitritt zum Schengenverband begonnen, unabhängig davon, ob die

Schweiz der EU beitrifft. Für mich wäre ein Schengen-Beitritt der Schweiz sinnvoll; wir ersparen uns dadurch 2.000 Zoll- und Exekutivbeamte rund um die Schengen-Insel Schweiz.

Vorarlberg hat ein gut funktionierendes System an Gemeindewachen. Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit der Gendarmerie und der Sicherheitsdirektion?

Marent: In Vorarlberg gibt es über 100 Gemeindesicherheitswachen. Wir haben in den letzten Jahren vehement darauf gepocht, eine Gleichstellung bei den Befugnissen zu erreichen. Nach Inkrafttreten der SPG-Novelle haben wir im letzten Herbst alle Gemeindesicherheitswachen durch Verordnung des Sicherheitsdirektors in die Vollziehung des Sicherheitspolizeigesetzes eingebunden. Die Zusammenarbeit ist jetzt noch besser als früher. Ein Beispiel: Der Bürgermeister von Dornbirn, der größten Stadt Vorarlbergs, bekommt jetzt zusätzlich zu den Berichten seiner Gemeindsicherheitswache die Berichte des Gendarmeriepostens in Dornbirn. Damit gibt es eine Informationsvernetzung. Die Prävention wird dadurch verbessert. Wir können bei Bedarf auch auf die Gemeindesicherheitswachen zu-rückgreifen, etwa bei Demonstrationen oder im fremdenpolizeilichen Bereich. Ich kann den anderen Bundesländern nur empfehlen, den gleichen Weg zu beschreiten.

Was unterscheidet das Sicherheitswesen in Vorarlberg noch von den übrigen Bundesländern?

Marent: In Vorarlberg haben wir keine Bundespolizeidirektion, nur die Bundesgendarmerie. Wir haben in unserer föderativen Vorstellung über die Verwaltung auch sonst einige Eigenheiten. Es gibt zum Beispiel in Vorarlberg ein Polizeigefängnis, obwohl es keine Bundespolizeidirektion gibt; es untersteht der Sicherheitsdirektion. Wir haben im Gegensatz zu den anderen Bundesländern an der EU-Außengrenze noch die Zollwache im Grenzschutz im Einsatz. Überall sonst in Österreich ist die Grenzgendarmerie in Verbindung mit der Zollwache tätig. Wir arbeiten mit Bayern, Baden-Württemberg und der Schweiz sehr eng zusammen. Diese Öffnung hat uns schon immer geprägt.

Geht Ihnen eine Bundespolizeidirektion ab?

Marent: Dazu möchte ich wegen der Diskussion über Änderungen in der Exekutive keinen Kommentar abgeben.